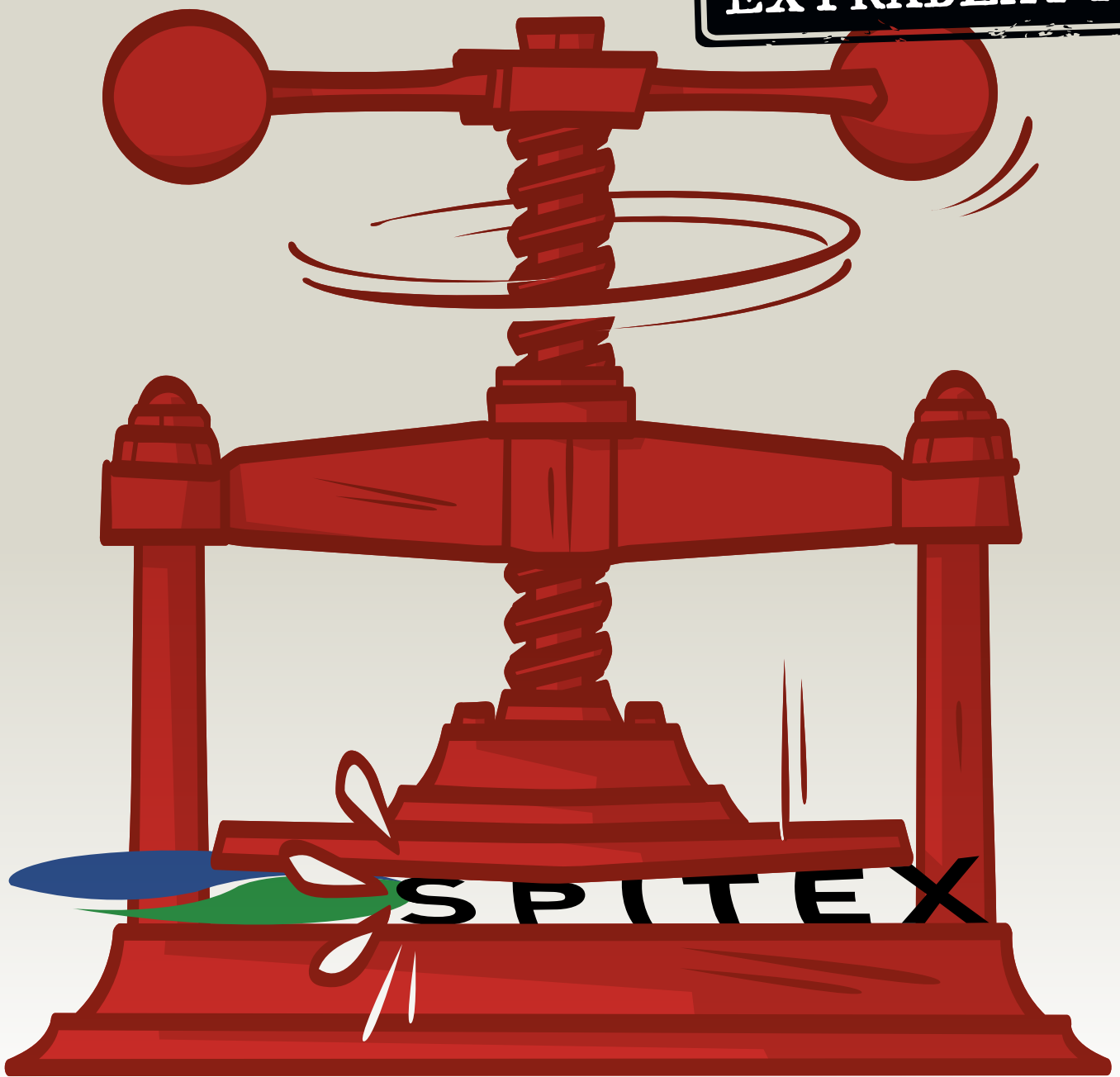


MITTENDRIN

EXTRABLATT



INTERVIEW MIT GROSSRAT
LARS GUGGISBERG:

**«DIE SPARMASSNAHMEN
SIND UNVERHÄLT-
NISMÄSSIG.»**

Seite 5

KAHLSCHLAG BEI
DER SPITEX:

**DIE BRANCHE
WEHRT SICH.**

Seite 6

INTERVIEW MIT HAUSARZT
ANDREAS GERBER:

**«DIE REGIERUNG
SCHIESST EIN
EIGENGOAL.»**

Seite 10

IMPRESSUM

MITTENDRIN -
offizielles Organ der **SPITEX BERN**
Sonderausgabe Oktober 2017

HERAUSGEBERIN:

SPITEX BERN,
mittendrין@spitex-bern.ch,
www.spitex-bern.ch

TRÄGERSCHAFT: SPITEX AareBieler-

see, Ipsachstrasse 10, 2560 Nidau,
SPITEX AareGürbetal, Südstrasse 1,
3110 Münsingen, SPITEX AemmePlus,
Solithurnstrasse 4, 3422 Kirchberg,
SPITEX Genossenschaft Bern, Köniz-
strasse 60, 3000 Bern 5, SPITEX Bolligen,
Rüedimatte 2, 3065 Bolligen,
SPITEX-Verein Burgdorf-Oberburg,
Farbweg 11, 3400 Burgdorf, SPITEX-
Dienste RUTU, Staatsstrasse 27c,
3653 Oberhofen, SPITEX Interlaken
und Umgebung, Untere Gasse 2,
3800 Unterseen, SPITEX Ittigen,
Talgut-Zentrum 5, 3063 Ittigen, SPITEX
Lotzwil und Umgebung, Bahnstrasse 3,
4932 Lotzwil, SPITEX oberes Worblental,
Bahnhofstrasse 10, 3076 Worb, SPITEX
Oberhasli Oberer Brienzensee AG,
Spitalstrasse 13, 3860 Meiringen,
SPITEX Ostermundigen, Gruben-
strasse 26, 3072 Ostermundigen,
SPITEX Region Bern Nord, Bern-
strasse 162, 3052 Zollikofen, SPITEX
Region Emmental, Burgdorfstrasse 25,
3550 Langnau i./E., SPITEX Region
Konolfingen, Zentrum, Dorfstrasse 4c,
3506 Grossehöchstetten, SPITEX Region
Lueg, Kalchofenstrasse 20, 3415 Hasle
bei Burgdorf, SPITEX Region Stockhorn,
Thunstrasse 87, 3661 Uetendorf,
SPITEX Region Thun AG, Malerweg 2,
3600 Thun, SPITEX Region Köniz,
Landorfstrasse 21, 3098 Köniz, SPITEX
Seeland AG, Murtenstrasse 3,
3270 Aarberg

VERANTWORTLICH:

Daniel Piccolruaz, +41 79 670 92 32,
daniel.piccolruaz@spitex-bern.ch

KOORDINATION:

Logos Kommunikation, Bern

REDAKTION:

cR Kommunikation, Bern

**GESTALTUNG, LAYOUT
UND PRODUKTION:**

Rub Media AG, Wabern/Bern

ILLUSTRATION TITELSEITE:

Peter Marthaler, Grafiker SGD, Bern

FOTOS:

Pia Neuenschwander, Fundus der
SPITEX BERN, S. 8 Fotolia, S. 9 Keystone

DRUCKAUFLAGE:

300'000 Exemplare

COPYRIGHT:

Abdruck nur mit Genehmigung
der Herausgeberin



Daniel Piccolruaz, Geschäftsführer
SPITEX Genossenschaft Bern



Daniel Piccolruaz, Geschäftsführer
SPITEX Seeland AG



Ursina Weber, Geschäftsführerin
SPITEX AemmePlus



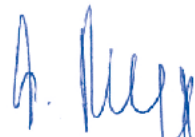
Urs Kernen, Geschäftsführer
SPITEX Interlaken und Umgebung



Cornelia Steinmann, Geschäftsführerin
SPITEX Region Emmental



Matthias Roth, Geschäftsführer
SPITEX AareGürbetal



Adrian Rupp, Geschäftsführer
SPITEX Region Stockhorn



Corinne Banholzer, Geschäftsführerin
SPITEX Oberhasli Oberer Brienzensee AG



Elsbeth Steiner, Geschäftsführerin
SPITEX Lotzwil und Umgebung



Karin Affolter, Geschäftsführerin
SPITEX Region Thun AG



Hanna Schiltknecht, Geschäftsführerin
SPITEX Region Köniz



Erika Wüthrich Rösch, Geschäftsführerin
SPITEX-Verein Burgdorf-Oberburg



Jörg Stähelin, Geschäftsführer
SPITEX Ittigen



Esther Gingold, Geschäftsführerin
SPITEX Ostermundigen

EDITORIAL



Andreas Büttikofer, Geschäftsführer
SPITEX Region Lueg



Marc Klopfenstein, Geschäftsführer
SPITEX Region Bern Nord



Karin Roth, Geschäftsführerin
SPITEX AareBielersee



Marianne Hofstetter, Geschäftsführerin ad interim
SPITEX Region Konolfingen



Monika Thüler, Geschäftsführerin
SPITEX-Dienste RUTU



Cornelia Gantschi, Geschäftsführerin
SPITEX Bolligen



Roger Guggisberg, Geschäftsführer
SPITEX oberes Worblental

Unser Gesundheitssystem ist unter Druck: Die Akutspitäler laufen am Limit. Die Krankenkassenprämien steigen Jahr für Jahr. Die Hausärzte klagen über Fachkräftemangel. Die Ergänzungsleistungen nehmen sprunghaft zu. Was ist zu tun? Alle sind sich einig, dass mit der Verlagerung von stationär zu ambulant das Gesundheitswesen entlastet werden kann. Die Alterspolitik des Kantons Bern, die breit abgestützt ist, folgt deshalb diesem Grundsatz.

Das gewaltige Sparpaket von Regierungsrat Pierre Alain Schnegg, das ohne die möglichen Folgen zu reflektieren im stillen Kämmerlein erarbeitet wurde, stellt diesen breiten Konsens auf den Kopf. Schnegg will radikal sparen – ohne Rücksicht auf Verluste. Uns Spitexorganisationen, aber auch unsere Klientinnen und Klienten sowie die Gemeinden wird es hart treffen. 21 Millionen sollen wir sparen. Es droht ein veritabler Kahlschlag. Ohne Leistungsabbau ist die massive Sparübung nicht zu bewältigen. Betroffen wären Klientinnen und Klienten, deren Angehörige, aber auch unsere Spitäler, Heime und die Gemeinden. Betroffen wären wir alle als Prämien- und Steuerzahler.

Die öffentliche Spitex, das sind eigenständige Unternehmen, die mit dem Kanton einen Vertrag über die Versorgungspflicht abgeschlossen haben. Sie garantieren, dass alle Spitexleistungen inklusive der Zusatzleistungen wie Palliative Care, Psychiatrische Pflege, Wundexpertise etc. überall im Kanton, unabhängig vom zeitlichen Aufwand, 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche bereitgestellt werden. Ein wertvolles und kostengünstiges Angebot, das der Kanton Bern mitfinanziert. Regierungsrat Schnegg will diese Leistungen nicht länger ausreichend finanzieren. Damit zwingt er die öffentliche Spitex, in den privaten Modus zu wechseln und sich von der Versorgungspflicht zu trennen, mit dem Resultat, dass das bewährte System einer flächendeckenden ambulanten Pflegeversorgung zusammenbricht. Davon betroffen werden ländliche wie auch urbane Gebiete sein, die nicht mehr bedient werden können, und Akutspitäler und Heime, die mit einem gewaltigen Ansturm von Patientinnen und Patienten zu rechnen haben.

Noch ist nicht entschieden, ob diese kurzsichtige und unvernünftige Politik des Regierungsrates, die schlussendlich uns allen schaden wird, auch tatsächlich bestätigt wird. Es liegt am Grosse Rat, im November das Schlimmste abzuwenden. Es liegt an uns allen, die Berner Bevölkerung auf diese fatale Politik des Regierungsrates hinzuweisen. Es braucht einen Stopp und ein konstruktives Zusammenwirken aller Kräfte, um tragbare Lösungen für alle zu erarbeiten. Dazu bieten wir Hand. Das Sparpaket des Regierungsrates aber muss mit aller Vehemenz zurückgewiesen werden.

REGIERUNGSRATSENTSCHEID ZUM **SPARPAKET**

Der Regierungsrat legt mit seinem Entlastungspaket 2018 ein rigoroses Sparprogramm vor. 152 Massnahmen sind geplant. Alleine im nächsten Jahr soll das Budget des Kantons Bern um 88 Mio. Franken gekürzt werden, ab 2021 gar um 185 Mio. Franken. Die betroffenen Akteure wurden nicht konsultiert.

Die Bombe platzte vor den Sommerferien. Der Regierungsrat schlägt zu und plant eine massive Budgetkürzung. Er argumentiert mit dem Auftrag, den Finanzhaushalt auszugleichen sowie die für das Jahr 2019 geplante Steuergesetzrevision zu finanzieren. Die Berner Regierung stützte sich beim Erarbeiten des Sparprogramms auf umfangreiche Voranalysen, die es ihr ermöglicht haben sollen, die vielfältigen und teilweise radikalen Massnahmen politisch zu gewichten und ein für sie vertretbares Paket zu schnüren.

Der Regierungsrat hält in seinen Ausführungen fest, dass das Entlastungspaket für die betroffenen Anspruchsgruppen – Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Betriebe und Kantonsangestellte – zum Teil harte Konsequenzen zur Folge hat. Kumuliert sind über die kommenden vier Jahre Entlastungsmassnahmen im Umfang von 560 Millionen Franken geplant. Da verschiedene staatliche Leistungen gekürzt werden oder Aufgaben entfallen, hat dies auch einen Personalabbau beim Kantonspersonal und bei den Lehrkräften zur Folge. Der Regierungsrat rechnet bis 2021 mit einem Abbau von 117 Vollzeitstellen. Auch das Personal der vom Kanton subventionierten Bereiche wird durch die Entlastungsmassnahmen hart betroffen sein.

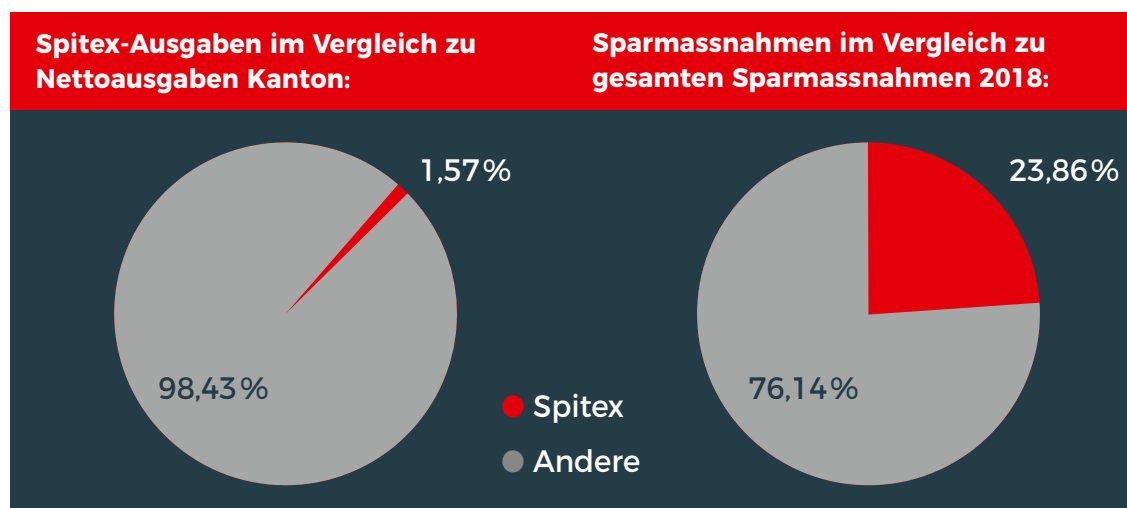
Trotz dieser offensichtlichen Härte ist die Berner Regierung der Meinung, dass das Sparpaket 2018 der Bevölkerung langfristig keinen Schaden zufügen wird. Noch im November wird sich der Grosse Rat in einer mehrtägigen Beratung über diese Massnahmenflut beugen und entscheiden müssen. Viele Akteursgrup-

pen warten gespannt auf diese Debatte und fordern die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf, am vorgelegten Sparpaket wichtige Korrekturen vorzunehmen.

Im Alleingang durchgeboxt

Die Spitex-Organisationen, die einen Grossteil des Sparvolumens zu tragen haben, sind nicht nur über die präsentierten Ergebnisse irritiert, sondern vor allem über die Art und Weise, wie dieses Sparpaket zustande gekommen ist. Der Regierungsrat hat im stillen Kämmerlein sein Programm zusammengestellt, ohne auch nur eine Minute in die Anhörung der betroffenen Akteursgruppen zu investieren. Er verzichtete dabei bewusst auf die vielfältigen Erfahrungen der Fachleute in der Praxis. Dabei wären diese sehr wohl bereit gewesen, konstruktiv an einer Lösung mitzuarbeiten. Dass die Regierung diesen isolationistischen Alleingang gewählt hat, ist nicht nachvollziehbar und auch nicht demokratisch. Heute liegt deshalb mit dem Sparpaket 2018 eine technokratische Lösung auf dem Tisch, die die Berner Bevölkerung gewaltig unter Druck setzen wird. Es braucht dringend eine scharfe Korrektur dieser Vorlage und den Willen, gemeinsam mit den betroffenen Organisationen nach vertretbaren Lösungen zu suchen. Die Regierung tut gut daran, sich nicht wieder in den Elfenbeinturm zurückzuziehen, sondern das offene Gespräch und den fachkundigen Dialog mit allen Betroffenen aktiv zu suchen. Die Türen der Spitex-Organisationen stehen dafür weit offen.

SPITEX ÜBERMÄSSIG BETROFFEN



INTERVIEW MIT LARS GUGGISBERG ZUR **SPARPOLITIK**

Im November wird der Grosse Rat des Kantons Bern das Entlastungspaket 2018 der Regierung diskutieren und entscheiden. Lars Guggisberg, Grossrat der SVP und Vorstandsmitglied des Spitex Verbandes Kanton Bern, nimmt zur geplanten Sparrunde Stellung.

Welches sind die grossen Stärken unseres Gesundheitssystems, welchen Herausforderungen müssen wir uns in Zukunft stellen?

Man darf ohne zu übertreiben sagen, dass wir in unserem Land eines der weltweit besten Gesundheitssysteme haben. Das ausserordentlich hohe Niveau der Gesundheitsversorgung hat aber seinen Preis. Damit bin ich auch schon bei der grössten Herausforderung: den stetig steigenden Kosten. Diese bekommen wir nur dann in den Griff, wenn die Menschen so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden gepflegt und betreut werden können. Hierbei kommt der Spitex eine Schlüsselrolle zu.

Was verbindet Sie mit der Spitex?

Ich gehöre seit gut sechs Jahren dem Vorstand des Spitex Verbandes Kanton Bern an. Ausserdem habe ich während 15 Jahren hautnah miterlebt, wie wichtig die Unterstützung von pflegenden Angehörigen durch die Spitex ist. Ich bin mit meiner Tante aufgewachsen, die am Down Syndrom litt und seit ich vier Jahre alt war in meinem Elternhaus lebte. Etwa ab ihrem 50. Lebensjahr verschlechterte sich ihr Gesundheitszustand zusehends. Die letzten zehn Jahre ihres Lebens war meine Tante nur noch bettlägerig und wurde über eine Magensonde ernährt. Meine Mutter war fortan hauptsächlich mit der Pflege ihrer Schwester beschäftigt, mit grossartiger Unterstützung durch die Spitex. Meine Tante starb Ende 2014. Bis dahin lebte sie praktisch ausnahmslos in meinem Elternhaus. Ohne die Spitex wäre dies unmöglich gewesen.

Wie beurteilen Sie die Leistung der Spitex im Kanton Bern? Auch im nationalen Vergleich.

Die Spitex-Organisationen leisten aus meiner Sicht sehr gute Arbeit, obwohl die Bedingungen in unserem äusserst heterogenen Kanton deutlich schwieriger sind als anderswo. In kaum einem anderen Kanton sind in den letzten 10 Jahren so viele Fusionsprojekte realisiert worden

wie im Kanton Bern. Ausserdem hat der Kanton die öffentliche Spitex 2011 in den freien Markt entlassen, was ich befürworte. Man muss sich aber bewusst sein, dass sie sich seither im harten Konkurrenzkampf mit verschiedensten Anbietern in den Bereichen Hauswirtschaft, Betreuung und Pflege befindet. Diese erhalten im Übrigen, mit Ausnahme der Versorgungspflicht, exakt die gleiche Abgeltung vom Kanton wie die öffentliche Spitex. Insbesondere die Spitex-Organisationen mit einem hohen Anteil von unrentablen Fällen mit Versorgungspflicht nehmen eine sehr wichtige Funktion wahr – nämlich die Pflege aller Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort.

Der Kanton Bern muss sparen. Der Regierungsrat schlägt 153 Massnahmen vor. Davon besonders hart betroffen ist die Spitex. Wie beurteilen Sie diese Massnahmen?

Die Sparmassnahmen bei der Spitex stehen in krassem Widerspruch zur Alterspolitik «ambulant vor stationär». Sie sind im Vergleich zu anderen Bereichen unverhältnismässig. Die gesamte Spitex – inklusive private Anbieter – verursacht Kosten in der Höhe von 1,57 Prozent. Soll aber zusammen mit den Klientinnen und Klienten im 2018 fast 24 Prozent der gesamten kantonalen Sparmassnahmen tragen. Von allen 153 Sparmassnahmen belegt die Spitex mit den geplanten 13 Millionen Franken (Patientenbeteiligung) und 8 Millionen Franken (Versorgungspflicht) die Ränge 1 und 2 bezogen auf das Jahr 2018. Das kann nicht sein.

Sie werden im Grossen Rat gegen die Einsparungen bei der Spitex antreten. Wie wollen Sie Ihre Ratskollegen davon überzeugen?

Es gilt in erster Linie, die Sparmassnahme 2018 betreffend die Versorgungspflicht zu verhindern und raschmöglichst eine bedarfsgerechtere und leistungsorientiertere Abgeltungsmethode zu erarbeiten. Schliesslich ist gesetzlich vorgeschrieben, dass unsere Bevölkerung flächendeckend



mit Pflegeleistungen versorgt werden muss. Ich bin zuversichtlich, dass ich für diese Forderung überparteilich Unterstützung erhalten werde.

Was würde es für die Spitex und das Gesundheitswesen Bern bedeuten, wenn sie mit Ihrem Antrag scheitern sollten?

Die flächendeckende Versorgung könnte nicht mehr aufrechterhalten werden. Die allermeisten Spitex-Organisationen kämen in finanzielle Schieflage und Liquiditätsschwierigkeiten. Leistungsabbau wäre die logische Folge. Das Ziel der Heimplanung bei 15'500 Pflegeplätzen könnte nicht mehr erreicht werden. Spitäler müssten Patientinnen und Patienten länger im Spital behalten. Das gesamte Gesundheitswesen würde verteuert und ein weiterer Transfer der Kosten zu den Ergänzungsleistungen wäre die Folge. Gemeinden kämen stärker in die Verantwortung und würden mit Mehrausgaben konfrontiert. Keine rosigen Aussichten. Deshalb braucht es eine Überarbeitung der Vorlage. Und dafür werde ich mich einsetzen.

ES DROHT

EIN KAHLSCHLAG

Das vermeintliche Entlastungspaket 2018 des Regierungsrates entpuppt sich als ein unverantwortliches und unsoziales Abbauprogramm, das weite Teile der Berner Bevölkerung hart treffen wird.

Die Berner Regierung will sparen. Allein im nächsten Jahr sollen es 88 Millionen Franken sein, bis ins Jahr 2021 dann 185 Millionen. Ganze 152 Massnahmen sind angedacht. Darunter viele Kleinstbeiträge. Mit einer Ausnahme: Bei der Spitex droht ein veritabler Kahlschlag. Ganze 21 Millionen Franken soll die Spitex an das Sparpaket beitragen. Dies entspricht 24 Prozent der geplanten Budgetkürzung. Unverantwortlich hoch, wenn man bedenkt, dass die Spitex-Ausgaben knapp 1,5 Prozent der gesamten Nettoausgaben des Kantons ausmachen. Trotzdem schreibt der Regierungsrat von einem ausgewogenen Paket. Für die betroffenen Organisationen und ihre Klientinnen und Klienten aber ist das Sparpaket 2018 eine ernsthafte Bedrohung. Viele Spitex-Organisationen leiden noch heute unter den Folgen der letzten Sparrunde von 2014. Mehr als die Hälfte aller Einsätze der öffentlichen Spitex sind aktuell nicht kostendeckend. Ohne Zusatzfinanzierung durch den Kanton wird die Spitex gezwungen sein, Leistungen abzubauen, mit dramatischen Folgen für alle Betroffenen. Dazu gehören nicht nur die Klientinnen und Klienten, sondern auch deren Angehörige, Hausärzte und

Spitäler, Gemeinden, Prämien- und Steuerzahlende.

VERSORGUNGSPFLICHT HAT IHREN PREIS

In den vergangenen Jahren konnte die öffentliche Spitex wesentliche Effizienzsteigerungen erzielen. Dazu beigetragen hat beispielsweise der konsequente Einsatz digitaler Technologien für die Koordination und Dokumentation der Pflegeeinsätze oder eine Optimierung beim Personalmix. Davon unabhängig verursacht die politisch gewollte Versorgungspflicht der öffentlichen Spitex Mehrkosten. Vor allem hohe Weg- und tiefe Einsatzzeiten tragen dazu bei, dass über die ordentlichen Erträge mehr als die Hälfte der Spitex-Einsätze nicht kostendeckend sind. Der Kanton Bern finanziert die Nettokosten der Spitex-Versorgungspflicht in der Höhe von 25,6 Millionen Franken lediglich mit einem Betrag von 22,1 Millionen Franken, was zu einer Unterdeckung von 3,5 Millionen Franken führt.

EIN PERFEKTES TEAM

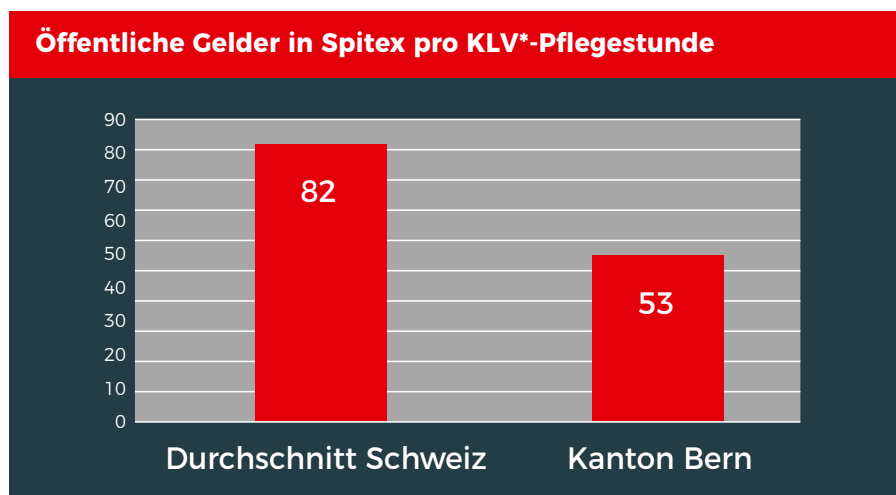
Die Alterspolitik des Kantons Bern hat zum Ziel, Bedingungen und Voraussetzungen für ein gutes Leben im Alter für alle Ber-

nerinnen und Berner zu schaffen. Sie folgt dem Prinzip «ambulant vor stationär». Seit jeher bildet die Hausärzteschaft zusammen mit der Spitex das Rückgrat der ambulanten Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung. Hand in Hand sorgen beide für eine solide Grundversorgung für alle und sichern die bewährte Alters- und Heimpolitik des Kantons Bern. Erst diese gut eingespielte Zusammenarbeit lässt Patientinnen und Patienten länger zuhause bleiben. Ohne eine starke und professionelle ambulante Pflege wären viele gezwungen, einen möglichen Spital- oder Heimeintritt früher anzutreten. Dabei geht der gesellschaftliche Trend genau in die Gegenrichtung: Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, wollen so lange wie nur möglich in ihren eigenen vier Wänden leben. Daheim zu bleiben wird gleichgesetzt mit Wohlergehen, Sicherheit und Selbstbestimmung.

KOSTENEXPLOSION STATT SPARPROGRAMM

Dass der Regierungsrat mit seinem massiven Sparpaket genau dieses bewährte System zerschlagen will, stösst weiterhin auf Unverständnis. Nicht nur bei den Hausärzten, den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen. Auch die Gemeinden, Spitäler und Heime realisieren, dass das vermeintliche Entlastungsprogramm zu einer wahren Kostenexplosion mutieren wird. Ein Leistungsabbau der Spitex-Organisationen schafft keinen einzigen Patienten weniger. Was bleibt, ist einzig eine Umlagerung der Aufwände hin zu den stationären Einrichtungen. Dies ist kaum zielführend, wenn man bedenkt, dass die durchschnittlichen Kosten für einen Tag Aufenthalt im Spital 1'600 Franken betragen und sich mit dem gleichen Betrag 33 Pflegestunden der Spitex finanzieren liessen. Die Sparpolitik des Regierungsrates entpuppt sich somit als wenig ausgegoren. Eine Umlagerung von Kosten ist nie mit Sparen gleichzusetzen. Die Aufwände bleiben und kommt es gar zu einer Verschiebung von günstigeren Leistungen zu teuren, droht eine Kostenexplosion mit Folgen für alle Prämien- und Steuerzahlenden.

BERNER SPITEX IM NATIONALEN VERGLEICH



*Krankenpflege-Leistungsverordnung

PATRICK ZENHÄUSERN

1. Wie hat sich die Spitex in den letzten Jahren verändert?

Die Aufenthaltsdauer in Pflegeheimen hat sich in der Schweiz innerhalb von drei Jahren im Schnitt um mehr als einen Monat vermindert, die Anzahl der Spitex-Klientinnen nahm jüngst innert Jahresfrist um mehr als 10 Prozent zu, wobei die öffentliche Spitex ihre Langzeitpflege-Klientinnen im Schnitt jährlich etwas über 50 Stunden versorgt, die private Spitex etwas über 100 Stunden. Jüngst ist eine starke Steigerung der privaten Spitex im Bereich der Hauswirtschaft/Sozialbetreuung zu beobachten.

2. Die öffentliche Spitex unterliegt der Versorgungspflicht. Welche Auswirkungen stellen Sie fest?

Die öffentliche Spitex hat im Vergleich zu privaten Organisationen Mehrkosten: Erstens hat die öffentliche Spitex einen höheren Anteil an kostenunterdeckenden Einsätzen, typischerweise Einsätze mit hohen Weg-, kurzen Einsatz- und kürzeren Vertragszeiten. Zweitens ist infolge der Pflicht zur flächendeckenden, unmittelbaren Versorgung eine Kapazitätsreserve notwendig. Drittens gehen mit der Versorgungspflicht auch für schwer zumutbare Einsätze höhere Kosten einher.

3. Die Berner Regierung will sparen, auch bei der Spitex. Wie beurteilen Sie diese möglichen Budgetkürzungen?

Behält der Kanton die Spitex-Versorgungspflicht bei, kürzt jedoch die Abgeltungen für die Spitex-Versorgungspflicht, würden die Kosten der Spitex-Versorgungspflicht im Kanton Bern nur noch um rund 50 Prozent gedeckt. Gewisse Spitex-Organisationen könnten ihren Versorgungsauftrag nicht mehr wahrnehmen. Dies würde in den betreffenden Regionen wohl dazu führen, dass die Heimplösung wieder mehr in den Vordergrund rückt. Der Kanton müsste mehr Ergänzungsleistungen finanzieren.



Patrick Zenhäusern, Projektleiter der Studie bei Polynomics, Olten

Das Beratungsunternehmen Polynomics in Olten hat im Rahmen eines Gutachtens für den Spitex Verband Kanton Bern die Nettokosten der Spitex-Versorgungspflicht für das Jahr 2016 ermittelt. Die Studie kommt zu folgenden Resultaten:

- In den vergangenen Jahren konnte die öffentliche Spitex im Kanton Bern wesentliche Effizienzsteigerungen vornehmen.
- Über die Hälfte der Einsätze der öffentlichen Spitex können infolge der Versorgungspflicht nicht kostendeckend durchgeführt werden.
- Die Nettokosten der Spitex-Versorgungspflicht können 2016 nicht gedeckt werden. Die Kostenunterdeckung beträgt 3,5 Mio. Franken.

- Es droht ein dramatischer Leistungsabbau.
- Die flächendeckende Spitex-Versorgung ist nicht mehr gesichert.
- Ländliche Regionen werden massiv unter Druck geraten.
- Pflegende Angehörige kommen stärker unter Druck.
- Gemeinden, Prämien- und Steuerzahlende werden stärker zur Kasse gebeten.
- Auf der Strecke bleiben die betroffenen Menschen.



Ohne die Spitex würden viele ältere Menschen vereinsamen.

SO WIRD DAS GESUNDHEITSWESEN

AN DIE WAND GEFAHREN

Die Sparmassnahmen des Regierungsrates haben es in sich. Werden sie so durchgesetzt, wird das gesamte Gesundheitswesen im Kanton Bern aufs Heftigste erschüttert. Es drohen langfristig ein Kollaps des gesamten Gesundheitssystems und eine Kostenexplosion.

Der Kanton Bern verfügt seit 2016 über eine Alterspolitik, die Bedingungen und Voraussetzungen für ein gutes Leben im Alter für alle Bernerinnen und Berner schaffen soll. Darin festgeschrieben ist für das Gesundheitswesen das Prinzip «ambulant vor stationär». Eine Strategie, die sich in der Vergangenheit bestens bewährt hat und die die richtige Antwort gibt auf die demografischen Herausforderungen einer immer älter werdende Gesellschaft. Zentrale Säulen dieses Modells bilden neben dem Spital die Hausarztmedizin und die Spitex-Organisationen. Sie sorgen Hand in Hand für eine solide Grundversorgung für alle.

Die massiven Sparmassnahmen der Berner Regierung werden dieses bewährte System aus den Angeln heben. Es drohen

der Kollaps unseres Gesundheitswesens und eine gewaltige Kostenexplosion.

ENDE DER VERSORGUNGSPFLICHT

Die öffentliche Spitex hat sich vertraglich an die Versorgungspflicht gebunden. Damit ist sie u.a. bereit, in die entlegensten Orte im Emmental oder im Berner Oberland zu fahren und Kurzeinsätze zu leisten, 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche. Ein Aufwand, der sich betriebswirtschaftlich nicht rechnet und deshalb von der privaten Spitex auch nicht geleistet wird. Dem Kanton war diese Versorgungspflicht bis anhin etwas wert und er unterstützt die öffentliche Spitex mit einer zusätzlichen Abgeltung für diese Leistungen. Gleiches gilt auch für die Zusatzmassnahmen wie Palliative Care oder

Kinderspitex, die die öffentliche Spitex jederzeit bereit ist zu leisten.

Mit den nun angedachten Sparmassnahmen wird die öffentliche Spitex gezwungen, ihr Leistungsangebot zu straffen und teilweise abzubauen. Viele Spitex-Organisationen werden deshalb in den privaten Modus wechseln und sich so von der teuren Versorgungspflicht befreien, mit gravierenden Folgen für alle Betroffenen und das gesamte Gesundheitssystem. Denn was auch immer der Regierungsrat finanzpolitisch entscheidet, die gesellschaftlichen Entwicklungen bleiben die gleichen: Die Menschen werden älter und mit zunehmendem Alter anfälliger für Krankheiten. Kranke Menschen brauchen mehr medizinische Betreuung und sind auf professionelle Pflege ange-

Ein Abbau der Spitex-Leistungen kann verheerende Auswirkungen haben.

wiesen. Können diese Dienstleistungen nicht mehr im Verbund von Hausarztmedizin und ambulanter Pflege angeboten werden, werden die hilfebedürftigen Menschen in die Spitäler und Heime strömen. Eine Belastung, die die stationären Einrichtungen nicht auffangen können. Schon heute sind Spitäler im ambulanten Bereich mit einer jährlichen Fallzunahme von 10 bis 15 Prozent konfrontiert. Nimmt diese Entwicklung weiter und stärker zu, werden die Spitäler vor gewaltige und kaum lösbare Probleme gestellt. Die Heime bieten keine echte Alternative, weil auch sie bereits am Limit gehen und die Bernische Heiminfrastruktur politisch gewollt auf 15'500 Plätze plafoniert ist.

ES DROHT EINE KOSTENEXPLOSION

Aber es sind nicht nur die fehlenden Kapazitäten, die Grund zur ernsthaften Sorge bieten, sondern auch die sich abzeichnenden steigenden Kosten. Es ist unbestritten, dass die ambulante Pflege um ein Vielfaches günstiger zu leisten ist als diejenige in stationären Einrichtungen. Ein Spitaltag kostet beispielsweise durchschnittlich 1'600 Franken – mit dem gleichen Betrag kann sich der Kanton 33 ambulante Pflegestunden leisten. Der Hausarztmediziner Andreas Gerber weist darauf hin, dass jeder gesparte Franken bei der ambulanten Pflege beim Kanton das Zwei- bis Dreifache an Zusatzkosten generieren wird. Diese Politik ist kurzsichtig und fahrlässig dazu. Das vermeintliche Entlastungsprogramm wird so zu einem gewaltigen Belastungsprogramm für den Finanzhaushalt des Kantons Bern und für das gesamte Gesundheitswesen. Dazu kommt, dass mit der Kostenexplosion auch die Krankenkassenprämien weiter steigen werden. Für viele Familien sind diese aber schon heute eine grosse Belastung und jede neue Erhöhung gar eine existentielle Bedrohung. Kommt es tatsächlich zu einem Abbau bei der ambulanten Gesundheitsversorgung, wird sich diese Kostenspirale weiter in die Höhe schrauben.

VERFEHLTE POLITIK TRIFFT DIE SCHWÄCHSTEN

Fällt die ambulante Pflege weg, werden pflegebedürftige Menschen nach Alter-

nativen suchen. Alters- und Pflegeheime, aber auch Spitäler werden in der Folge überrannt. Was niemand will, wird stattfinden: Akutspitäler werden ihre Betten nicht mehr frei bekommen. Patienten, die frühzeitig nach Hause entlassen werden, werden umgehend in die Spitäler zurückkehren, weil keine ambulante Pflege verfügbar sein wird. Damit geraten nicht nur die Pflegebedürftigen selber, sondern auch deren pflegende Angehörige unter Druck. Es ist die Spitex, die den Angehörigen jene professionelle Unterstützung bietet, die sie brauchen, um ihre Nächsten möglichst lange zuhause zu betreuen. Peter Soltermann beispielsweise weiss um den Wert der Spitex. Dank ihr konnte er seine an Krebs erkrankte Frau bis zum Schluss bei sich haben. Für ihn und die vier Kinder war diese Möglichkeit des Abschiednehmens von unschätzbarem Wert. Noch heute dürfen sie daraus Kraft schöpfen. Es ist deshalb für Familie Soltermann unverstänlich, wie diese bewährte Praxis aus finanzpolitischen Gründen ernsthaft aufs Spiel gesetzt werden kann.

Ähnliches hört man von der Spitalseite. Anton Schmid, CEO des Spitals Emmental in Burgdorf, betont: «Der integralen Gesundheitsversorgung gehört die Zukunft! Deshalb brauchen wir in der Region nicht nur starke Spitäler, sondern auch starke Spitex-Organisationen, Pflegeheime und Hausärztenetze!»

GEMEINDEN WERDEN STÄRKER ZUR KASSE GEBETEN

Wird die Hälfte der Beiträge bei der Versorgungspflicht gestrichen, drohen Leistungsabbau und Mehrkosten für die Gemeinden. Insbesondere ländliche, aber auch urbane Gebiete werden von dieser harten Entwicklung betroffen sein. Viele Spitex-Organisationen wirtschaften schon heute defizitär. Zusätzliche Sparrunden werden deren dünne Eigenkapitaldecke weiter unter Druck setzen. Liquiditätsengpässe sind die Folge, was Spitex-Organisationen dazu zwingen wird, bei den Gemeinden um eine zusätzliche Finanzierung nachzufragen, sollen sie den Versorgungsauftrag auch in Zukunft flächendeckend und in der gewohnten Qualität sicherstellen. Unter dem Strich verlieren alle: Menschen, die auf eine am-

bulante Unterstützung angewiesen sind, und Gemeinden, die über den Lastenausgleich und eine zusätzliche Finanzierung bewährter Leistungen doppelt zur Kasse gebeten werden.

Dazu Margareta Junker, Gemeinderätin und Vizepräsidentin von Lyss: «Müssen die Spitexdienste ihr Angebot kürzen, wird es eine Verlagerung in die Notfallaufnahmen der Spitäler und in die Pflegeabteilungen der Altersheime geben. Beides wird den Kanton deutlich mehr kosten! Der Versorgungsauftrag ist in erster Linie seine Aufgabe. Wird er diesen nicht mehr leisten wollen, müssen die Gemeinden direkt mitfinanzieren. Die Gleichbehandlung aller Bewohner/-innen im Kanton wäre damit nicht mehr gewährleistet.»





«Ohne gut ausgebildete und leistungsfähige Partner ausserhalb der Spitäler schaffen wir das nicht.»

DER REGIERUNGSRAT SCHIESST **EIN EIGENGOAL**

Andreas Gerber, Hausarzt in Bern, warnt vor einem Bumerang, sollte der Grosse Rat tatsächlich die angedachten Sparmassnahmen bei der Spitex durchsetzen. Jeder Franken, welcher der ambulanten Gesundheitsversorgung und der Innovation im spitalexternen Bereich entzogen wird, wird unserer Gesellschaft im stationären Bereich mit Zins und Zinseszins in Rechnung gestellt werden.

ZUR PERSON

Herr Gerber, wie beurteilen Sie unser heutiges Gesundheitssystem?

Andreas Gerber: Wir haben ein sehr leistungsfähiges Gesundheitssystem. Ein richtiger Formel-1-Rennwagen. Aufgesetzt als Hochleistungsmaschine für jüngere Menschen und ausgerichtet auf Lebensrettung, Heilung, Lebensverlängerung, Rehabilitation. Heute sind wir aber mit einer demographischen Entwicklung konfrontiert, die zunehmend andere Anforderungen an das Gesundheitssystem stellt. Wir werden älter und damit oft mit mehreren Gesundheitsproblemen gleichzeitig konfrontiert. Arzt und Pflege sind aufgefordert, zusammen mit dem Patienten und den Angehörigen angepasste Behandlungs- und Pflegepfade zu suchen. Ein zentrales Ziel ist dabei immer, den betroffenen Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Diese Arbeit findet oft zuhause und in den Arztpraxen statt. Dies bedeutet auch, dass wir die betreuenden Angehörigen, welche oft eine hohe Dauerlast stemmen, fachlich begleiten müssen. Unsere Gesellschaft darf die pflegenden Angehörigen nicht im Stich lassen!

Die Hausärzte können diese Arbeit kaum alleine bewältigen. Wer unterstützt sie?

Andreas Gerber: Richtig. Ohne gut ausgebildete und leistungsfähige Partner ausserhalb der Spitäler schaffen wir das nicht. Für die Pflege gibt es nur die Spitex, die diese Anforderungen bewältigen kann. Ihr Vorteil ist ihre hohe Professionalität und Zuverlässigkeit, aber auch der Umstand, dass sie Leistungen im Vergleich zum stationären Bereich äusserst kostengünstig durchführen kann. Vor 25 Jahren gab es diese Alternative nicht. Meine in den 80er-Jahren an Leukämie erkrankte Mutter konnte seinerzeit nur deshalb zuhause gepflegt werden, weil ich als Angehöriger und angehender Mediziner in der Lage war, ihr täglich die Antibiotika zu spritzen. Die Spitex gab es damals noch nicht.

Die ambulante Pflege hat sich demnach erst in den letzten 10 bis 15 Jahren zu

einem zentralen Pfeiler unseres Gesundheitssystems entwickelt?

Andreas Gerber: Ja. Aber die Spitex ist nie stehen geblieben, sondern hat sich in all den Jahren stets weiterentwickelt. Sie bietet heute zunehmend eine breite Palette an Dienstleistungen an: von der Grundpflege über Behandlungspflege bis hin zu Leistungen für spezielle Patientengruppen wie Kinder, Demenzkranke, psychisch Kranke, Sterbende. Hausarztmedizin und Spitex stecken mitten in einem Innovationsprozess, um sich optimal an die neuen Herausforderungen anzupassen. Wir sind heute wegen der Alterung der Gesellschaft mit einer Zunahme an Menschen mit Krebserkrankungen, Demenz, aber auch mit chronischen Herz- oder Lungenerkrankungen konfrontiert. Das müssen wir als Gesellschaft bewältigen können und dafür bietet die ambulante Pflege das richtige Angebot – stets in enger Zusammenarbeit mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Spitälern.

Wie erleben Sie die Spitex in der täglichen Zusammenarbeit?

Andreas Gerber: Spannend und fachlich sehr bereichernd. Eigentlich ist es wie im Spital. Auch dort arbeiten Ärzteschaft und Pflege als Team. Der einzige Unterschied ist, dass wir in der Partnerschaft mit der Spitex heute das Büro nicht nebeneinander haben, sondern räumlich getrennt im Quartier oder Dorf zu funktionieren haben. Ein Hausarzt ohne Spitex kann heute nicht erfolgreich wirken. Eine Diagnostik ohne passende Pflege ist wertlos. Was nützt es meiner Patientin, wenn ich ihr zur Stabilisierung des Kreislaufes Stützstrümpfe verschreibe, sie diese aber zuhause selber nicht anziehen kann? Wir brauchen uns gegenseitig und wir sind nur im Team wirklich erfolgreich.

Der Berner Regierungsrat will bei der Spitex massiv sparen. Welche Konsequenzen hätte das für unser Gesundheitssystem?

Andreas Gerber: Es würde vorab zu einem Abbau von denjenigen Spitex-Leistungen kommen, welche Einweisungen ins Spital



Dr. med. Andreas Gerber ist Facharzt FMH für Innere Medizin in eigener Praxis und Fachspezialist für Palliative Medizin in der Stadt Bern. Seit vielen Jahren arbeitet er erfolgreich mit der lokalen Spitex-Organisation zusammen.

und frühzeitige Heimeintritte verhindern. Damit sabotiert der Regierungsrat seine eigene bernische Alters- und Gesundheitspolitik, welche sich aus gutem Grund konsequent am Prinzip «ambulant vor stationär» orientiert. Schaffen wir es nicht, die ambulante Pflege weiterhin in genügender Menge und Qualität bereitzustellen, droht unserer Spitalinfrastruktur mittelfristig der Schiffbruch. Der Regierungsrat ist drauf und dran, ein gewaltiges Eigengoal zu schiessen. Wir müssen es als solidarische Bürgergesellschaft schaffen, unser Gesundheitssystem auf die neuen Herausforderungen auszurichten. Ich zähle darauf, dass unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier diese Zusammenhänge erkennen und das Sparpaket des Regierungsrates in der aktuell vorgelegten Form zurückweisen. Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine Bemerkung: Auch unser Gemeinwesen kann nur so viel Geld ausgeben, wie es zur Verfügung hat. 2012 hat das Bernische Volk sich beispielsweise mit der Senkung der Motorfahrzeugsteuern 100 Millionen Franken pro Jahr genehmigt, welche nun in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit fehlen. Sind wir deshalb jetzt glücklicher?

NEIN ZUM SPARPAKET

«Die Spitex erfüllt alten und kranken Menschen den Wunsch, möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden zu leben. Jede Sparmassnahme bei der ambulanten Pflege ist deshalb ein asozialer Akt.»

Alexander Tschäppät, Nationalrat, ehemaliger Berner Stadtpräsident

«Sparen bei Menschen, die auf ambulante Pflege und Unterstützung angewiesen sind? Im Eishockey gäbe dies mindestens drei Spielsperren. Der Kanton Bern braucht eine starke Spitex.»

Walter Born, VR-Präsident Born Consulting AG